

# Stadt Bad Rappenau

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

am Donnerstag, den 20.03.2025 - Beginn 18:00 Uhr, Ende 20:16 Uhr  
in Bad Rappenau, Rathaus, Kirchplatz 4, Sitzungssaal

### Anwesend sind:

#### Vorsitzender

Sebastian Frei

#### Mitglieder

Uwe Basler

Carmen Exner

Marko Feeser

Ulrich Feldmeyer

Markus Gabel

Elke Haas

Andreas Hagner

Jan Hemmer

Sonja Hoher

Nadine Hofmann

Sven Hofmann

entschuldigt

Axel Jänichen

Michael Jung

entschuldigt

Ralf Kochendörfer

Chantal-Nicola Kühne

Jan Kulka

Bertram Last

Edgar Lilli

entschuldigt

Carina Menakker

entschuldigt

Robin Müller

anwesend bis 18.30 Uhr, TOP 4 ö  
wieder anwesend ab 19.50 Uhr, TOP 10 ö

Gordan Pendelic

entschuldigt

Manfred Rein

Timo Reinhardt

Holger Ries

entschuldigt

Jutta Ries-Müller

Klaus Ries-Müller

Markus Ringle

Harald Scholz

Lydia Schwab

Klaus Senghaas

entschuldigt

Kerstin Stenchly

Anika Störner

Gundi Störner

Martina Trunzer  
Birgit Wacker  
Ralf Winter  
Rüdiger Winter

Presse

Falk-Stephane Dezort  
Eva Goldfuß-Siedl  
Ulrike Plapp-Schirmer

Schriftführer

Karina Blum

Verwaltung

Torsten Behringer  
Roland Deutschmann  
Wolfgang Franke  
Erich Haffelder  
Peter Kirchner  
Jeanette Renk-Mulder  
Alexander Speer

anwesend zu TOP 4 ö

Gäste

Dolores Lauk  
Marcel Mayer

anwesend zu TOP 8 ö

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom 11.03.2025 ordnungsgemäß eingeladen worden ist;
2. das Gremium beschlussfähig ist, weil mindestens 30 Mitglieder (+OB) anwesend sind.

Hierauf wird in die Beratung eingetreten und Folgendes beschlossen:

Als Protokollpersonen werden die Stadträte Sonja Hoher und Chantal-Nicola Kühne benannt.

# Sitzung des Gemeinderates

## - öffentlich -

Folgende

### Tagesordnung:

wurde abgehandelt:

1. Mitteilungen und Verschiedenes
- 1.1. Information: Förderung im Rahmen des Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) - Jahresprogramm 2025
- 1.2. Gemeinsame Erklärung CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen, ÖDP zur Haushaltsrede der Freien Wähler
- 1.3. Splitt beim Bereich des Feuerbeets im Salinenpark
- 1.4. LED-Straßenbeleuchtung
- 1.5. Flutlichtanlage beim Sportplatz Babstadt
2. Anfragen der Bürger
- 2.1. Ruhestörung nachts im Salinenpark sowie Graffitis im Stadtgebiet
3. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nicht öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates und der beschließenden Ausschüsse
4. Sachstandsbericht der Flüchtlingshilfe
5. Klimaschutzbericht Bad Rappenau: Sachstand zur Maßnahmenumsetzung des Integrierten Klimaschutzkonzepts (IKSK)
6. Förderprogramm „Photovoltaik in Bad Rappenau 2025“ 025/2025  
hier: Vorstellung und Zustimmung zur Förderrichtlinie und Beschluss zur kommunalen Förderung
7. Kindergartenangelegenheiten 003/2025  
hier: Benutzungsgebühren für die städtischen Kindertageseinrichtungen für das Kindergarten- und Schuljahr 2025/2026
8. Stadt- und Kurbücherei Bad Rappenau 119/2024  
A. Anpassung der Benutzungsordnung vom 01.06.2019 an neue Angebote in der Stadtbücherei und Konkretisierung des Nutzerkreises  
B. Anpassung der Gebührensatzung für die Stadtbücherei vom 01.03.2016 (zuletzt geändert durch Änderungssatzung

am 01.06.2017)

- |     |  |          |
|-----|--|----------|
| 9.  | Feuerwehrrangelegenheiten:<br>Zustimmung nach § 8 Abs. 2 Feuerwehrgesetz Baden-<br>Württemberg und § 11 Abs. 5 der Feuerwehrsatzung Bad<br>Rappenau zur Wahl des Abteilungskommandanten und des<br>stellvertretenden Abteilungskommandanten der Freiwilligen<br>Feuerwehr Bad Rappenau, Abteilung Bad Rappenau   | 016/2025 |
| 10. | Schlussbericht und Bericht über die Prüfung des Jahresab-<br>schlusses 2020 des Rechnungsprüfungsamtes   | 027/2025 |
| 11. | Feststellung Jahresabschluss 2020 Stadt Bad Rappenau   | 026/2025 |
| 12. | Maßnahmenbeschluss zur Sanierung des Salinencafes<br>(Kurcafé)<br>1. Zustimmung zum Sanierungsvorschlag und zu den<br>Gesamtkosten<br>2. Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel im<br>Haushalt 2025<br>3. Beauftragung des Architekturbüro Müller aus Aglaster-<br>hausen   | 023/2025 |
| 13. | Maßnahmenbeschluss zum Neubau Kernzeit / Anbau an der<br>Grundschule Babstadt:<br>1. Zustimmung zur Kostenberechnung und zum Planentwurf<br>2. Europaweites Ausschreibungsverfahren für die Dienstlei-<br>tung eines Generalplaners<br>3. Beauftragung der Kanzlei Menold Bezler zur Durchführung<br>und Begleitung des Vergabeverfahrens für die Generalplaner-<br>leistung | 022/2025 |
| 14. | Generalsanierung der Grundschule in Heinsheim<br>hier: Erweiterung der Maßnahme und Kostenfortschreibung   | 146/2024 |
| 15. | Erlass einer Satzung nach § 8 Abs. 1 Ladenöffnungsgesetz<br>über verkaufsoffene Sonntage in Bad Rappenau im Jahr 2025  | 024/2025 |

---

## 1.) Mitteilungen und Verschiedenes

---

Verteiler:  
10.1.1 K  
40.3.1 K

### 1.1.) Information: Förderung im Rahmen des Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) - Jahresprogramm 2025

Hauptamtsleiter Franke informiert die Anwesenden darüber, dass Bad Rappenau im Rahmen des „Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) – Jahresprogramm 2025“ bei zwei Projekten Förderungen durch das Regierungspräsidium zugesagt bekommen hat. Zum einen

eine städtische Maßnahme in Bad Rappenau-Treschklingen zur ortsgerechten Gestaltung und Ausstattung der Gehwege und Seitenbereiche der Dorfstraße/K2041 mit 146.680,00 €. Zum anderen eine private Maßnahme in Bad Rappenau-Grombach zur Umnutzung eines landwirtschaftlichen Bestandsgebäudes durch Aufstockung zu einer neuen Wohneinheit zur Eigennutzung beim Flst. Nr. 2191/4 mit 60.000,00 €.

Eine Aussprache hierüber erfolgt nicht, es ergeht folgender

Beschluss:

Kenntnisnahme.

---

Verteiler:  
20.1.1 K  
Alle Ämter

**1.2.) Gemeinsame Erklärung CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen, ÖDP zur Haushaltsrede der Freien Wähler**

Stadtrat Timo Reinhardt trägt für die Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und ÖDP folgende Rede vor:

„Der Haushalt 2025 wurde mit großer Mehrheit in der letzten Sitzung verabschiedet. Zur Verwunderung der o.g. Fraktionen haben sich die FW gegen die Zustimmung gestellt und den Haushaltsplan 2025 geschlossen abgelehnt. Dies ist ihr gutes demokratisches Recht, wenn auch ein gefährliches Unterfangen.

Sie haben die Verantwortung an uns abgegeben – wohlwissend, dass wir mehrheitlich dem Haushaltsplan zustimmen werden.

In der Haushaltsrede des Fraktionssprechers der Freien Wähler wurde gegenüber dem Gemeinderat die Aussage geäußert, dass wir nicht willens wären, die von den Freien Wählern vorgeschlagenen Einsparungen und Verschiebungen mitzutragen.

Speziell diesen Punkt können CDU, SPD, Grüne und ÖDP so nicht unkommentiert lassen. Wir sind dem Vorwurf ausgesetzt, nicht im Sinne der Bürger und Bürgerinnen unserer Stadt über einen nachhaltigen und finanzierbaren Haushalt abgestimmt zu haben. Das ist schlicht falsch und entspricht nicht der Wahrheit.

Vernünftig haushalten ist für uns das oberste Gebot. Bereits im Rahmen der Haushaltsdebatte im Ausschuss wurden die von den Freien Wählern aufgeführten Einsparpunkte von OB Frei ausführlich erläutert und in den richtigen Zusammenhang gesetzt. Schon beschlossene Maßnahmen können nicht als Einsparpunkte gestrichen werden – hier bedarf es einem Antrag auf Aufhebung des Beschlusses. Es war dem gesamten Gremium einschließlich der FW klar, dass die vorgeschlagenen Punkte weder umsetzbar noch nachhaltig waren. Uns dann aber mangelnde Bereitschaft für Einsparungen zu unterstellen, weisen wir weit von uns. Auch die Freien Wähler haben dem Neubau des Bades und der Herangehensweise in Bezug auf die Feuerwache Bad Rappenau mehrheitlich zugestimmt und sich damit an dem „Wunschdenken“ aktiv beteiligt. Vielleicht haben das die Mitglieder der FW Fraktion verdrängt oder gar vergessen?

Besonders verstörend war im Anschluss an die Haushaltsdebatte die Aussage seitens Mitglieder der FW, die gegenüber der Feuerwehr Bad Rappenau getroffen wurde: Diese zielte darauf ab, dass dem restlichen Rat der Neubau „Feuerwehr“ nicht wichtig genug wäre. Das Bestreben, die Umsetzung des Feuerwehrneubaus der neuen Rappsodie vorzuziehen, würde alleine mit den Stimmen der FW unterstützt. Es gab im Gemeinderat nie den Ansatz einer Abstimmung über die Priorität Bad oder Feuerwehr. Vielleicht war dies eine Abstimmung innerhalb der Freien Wähler Fraktion?

Interessant in diesem Kontext ist auch die im aktuellen Wochenblatt abgedruckte Erklärung,

dass man "[...] Ihre Unterstützung für die zukünftige Ausstattung und Ausbildung der Feuerwehrleute weiterhin bekräftigen [...]" - was mit einem abgelehnten Haushalt so nicht möglich gewesen wäre und in direktem Gegensatz zum aktuellen Abstimmverhalten steht.

Wir appellieren hier klar an die FW, wieder wie in der Vergangenheit zur angewandten Praxis zurückzukehren und zu versuchen, mit Argumenten einen gemeinsamen Weg zu finden, anstatt mit spalterischen Parolen Tatsachen zu verdrehen und politische Spiele zu wagen.

Wir sind uns einig, dass alle Fraktionen sachlich diskutieren und nicht zwangsläufig gleicher Meinung sein müssen; am Ende gilt es aber einen gemeinsamen Weg zu finden und die erfolgreiche Zusammenarbeit zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger wieder fortzusetzen.“

Stadtrat Rüdiger Winter teilt hierzu für die FW-Fraktion mit, dass er von dieser gemeinsamen Erklärung nichts gewusst habe und dementsprechend nicht vorbereitet sei. Er geht darauf ein, dass bei einer Haushaltsablehnung gemeinsam nochmal über diesen gesprochen worden wäre und die Verwaltung laut seinen Recherchen in dieser Zeit nicht völlig handlungsunfähig gewesen wäre.

Er erläutert anhand eines Beispiels, dass eine Familie mit Kindern ein Haus auch nicht mehr bauen würde, sollten sich die finanziellen oder gesundheitlichen Grundlagen verändern. Die FW-Fraktion habe starke Veränderungen bei den städtischen Finanzen wahrgenommen und, da sie um die Stadt und ihre Einwohner bemüht seien, hätten sie dementsprechend gegen den Haushaltsplan gestimmt und Einsparungsmöglichkeiten vorgetragen.

Die anderen Fraktionen merken an, dass sie sich bei der Haushaltsrede der FW-Fraktionen auch nicht darauf vorbereiten konnten und, dass eine private Familie, wenn der Bagger schon in Betrieb sei den Hausbau auch nicht unterbinden würde, da es mit enorm hohen Kosten in Form von Regressforderungen und der Verlängerung der Maßnahme verbunden sei.

Der Vorsitzende merkt hierzu an, dass für ihn der Vergleich der Kommune mit einer privaten Familie hinke, auch wenn es für die Bürgerschaft leichter verständlich sei. Er hätte sich gewünscht, dass das Vorhaben der Ablehnung des Haushaltes im Ausschuss angesprochen worden wäre und, dass die Einsparungswünsche bei der RappSoDie direkt vorgebracht worden wären und nicht erst bei der Haushaltsberatung.

Er erläutert erneut, dass die RappSoDie jährlich von der Stadtverwaltung mit ca. 2 Mio. € bezuschusst werde und aufgrund steigender Kosten in der Unterhaltung und geringer Energieeffizienz und eingeschränkter Nutzung die einzige Lösung für eine Einsparung die komplette Schließung des Bades gewesen wäre. Dieser Vorschlag kam nie aus dem Gremium in den Beratungen hierzu.

Zu den Einsparungsvorschlägen der FW-Fraktion habe er bereits im Rahmen der Haushaltsberatung und in der Vorberatung im Ausschuss erklärt, dass vom Gemeinderat beschlossene Maßnahmen nicht so einfach aufgehoben werden können und die Vorschläge der Fraktion keine finanzielle Erleichterung gebracht hätten, da einige Haushaltsposten eingestellt wurden, um zukünftige Projekte zu ermöglichen oder die Teilnahme an Förderprogrammen, wie z.B. bei der Sirenenwarnanlage. Diese werde nun in 2025 als Deckungsvorschlag für andere Maßnahmen verwendet, da fest mitgeteilt wurde, dass es in diesem Jahr keine Landesförderung hierfür geben werde und diese ohne Fördermittel kaum umsetzbar sei.

Er hoffe weiterhin auf eine gute Zusammenarbeit im Gemeinderat und, dass man weiterhin zusammenhalte und an einem Strang ziehe, vor allem im Hinblick auf die angespannte politische Situation auf der ganzen Welt.

---

Verteiler:  
50.1.1 E

### **1.3.) Splitt beim Bereich des Feuerbeets im Salinenpark**

Stadträtin Martina Trunzer merkt an, dass der Salinenpark sehr beliebt sei, man jedoch als Rollstuhlfahrer nur um das Feuerbeet herum könne aber nicht näher ran, da der Weg mit Splitt bedeckt sei. Sie bittet um Prüfung, ob hier ein kleiner befestigter Weg umgesetzt werden könnte.

Der Vorsitzende sichert eine Überprüfung zu.

---

Verteiler:  
50.1.1 E

#### **1.4.) LED-Straßenbeleuchtung**

Stadtrat Klaus Ries-Müller stellt für die ÖDP-Fraktion folgende Sachstandsanfrage:  
„Bereits 2023 (vor gut 2 Jahren) hatten wir ein großes Umstellungspaket beschlossen. Wie ist hier der Stand? Die letzten Tage sah man viele Elektriker an den Laternenmasten sitzen und an den Anschlüssen arbeiten. Hat das mit der LED Umstellung zu tun?  
LED Lampen sind weniger Wartungsintensiv (gut 12 000.- Euro Einsparung pro Jahr) und insektenfreundlicher. Durch die gerichtete Strahlung wird die Lichtverschmutzung reduziert. Diese Investition amortisiert sich nach 4 Jahren. Ein Grund mehr, um möglichst schnell auf LED umzustellen.“

Der Vorsitzende teilt hierzu mit, dass ohne eine entsprechende Förderung die Großumstellung auf LED gemäß damaligem Gemeinderatsbeschluss nicht vorgenommen wird. Lediglich die Leuchten, die einen Defekt aufweisen, werden im Moment direkt durch LED ausgetauscht.

---

Verteiler:  
10.1.3 K

#### **1.5.) Flutlichtanlage beim Sportplatz Babstadt**

Stadtrat Andreas Hagner erkundigt sich danach, ob es möglich wäre beim Sportplatz in Babstadt Verbesserungen beim Boden und der Flutlichtanlage zu erzielen.

Hauptamtsleiter Franke teilt mit, dass der Sportverein bereits einen Antrag auf Erneuerung der Flutlichtanlage in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung beim Sportbund abgegeben habe, sich die Bewilligung der Fördermittel hierfür jedoch häufig in die Länge ziehe. Sobald eine Zusage eingeht wird die Anlage gerichtet.

Stadträtin Gundi Störner ergänzt hierzu, dass sie für ihren Verein diesen Antrag bereits im März 2024 gestellt habe und die Zusage für die Förderung erst dieses Jahr ebenfalls im März einging. Laut Schreiben dürfen sie jedoch mit der Umsetzung erst im Juni bzw. Juli beginnen ansonsten würden sie die Förderung nicht erhalten. Das Geld müsse vom Verein ausgelegt werden und sie werden es laut Aussage des Sportbundes erst in 2027 erhalten. Sie bedauert dieses Verfahren und hofft auf Verbesserungen hierzu bei den zuständigen Stellen in Berlin.

---

## **2.) Anfragen der Bürger**

---

Verteiler:  
30.1.1 K  
50.1.1 K

### **2.1.) Ruhestörung nachts im Salinenpark sowie Graffitis im Stadtgebiet**

Ein Bürger merkt an, dass die letzten Wochen im Salinenpark starke nächtliche Ruhestörungen erfolgt sind und, dass wieder verstärkt Graffitis im Stadtgebiet zu sehen sind. Er erkundigt sich danach, was die Stadt dagegen tue.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Ruhestörung durch Ansammlungen von Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen an verschiedensten Punkten, z.B. Verbundschule, Kurpark uvm. in der Stadt erfolge. Der Sicherheitsdienst werde im Sommer wieder aktiv sein und sich an den bekannten Punkten verteilen, um die nächtlichen Ansammlungen zu zerstreuen. Bezüglich des Graffitis seien die Maler des Bauhofs stetig hinterher die Graffitis zu übermalen und man arbeite aktuell gemeinsam mit dem Gemeinderat an einer potentiellen Lösung zu den Graffitis in den Unterführungen. Er bietet dem Bürger einen Termin bei der Bürgerstunde an, um potentielle Verbesserungsvorschläge zu besprechen.

---

Verteiler:  
-/-

### **3.) Bekanntgabe von Beschlüssen aus nicht öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates und der beschließenden Ausschüsse**

Die Schriftführerin gibt in Kurzform die nachfolgenden Beschlüsse aus den nicht öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates und der beschließenden Ausschüsse bekannt:

- Gemeinderatssitzung am 20.02.2025
- TA-Sitzung am 10.03.2025
- FVA-Sitzung am 13.03.2025
- GA-Sitzung am 18.03.2025

Die Zusammenstellung der nicht öffentlichen Beschlüsse ist den Beilagen zu diesem Protokoll beigelegt. Eine Aussprache hierüber findet nicht statt.

---

Verteiler:  
30.1.1 K

### **4.) Sachstandsbericht der Flüchtlingshilfe**

Frau Renk-Mulder stellt anhand einer Präsentation den Sachstandsbericht der Flüchtlingshilfe vor. Die Präsentation ist den Beilagen zu diesem Protokoll beigelegt und insoweit Bestandteil der Niederschrift. Auf den Inhalt wird insofern Bezug genommen. Sie geht auf die erschwerten Bedingungen in der Integrationsarbeit aufgrund dem Wahlkampfthema Migration ein und auf die Ziele des Teams. Anschließend gibt sie einen Überblick in Zahlen und geht auf die neuen Räumlichkeiten des Integrationsteams und die neuen Teammitglieder ein. Daraufhin stellt sie einen kurzen Rückblick auf fast 10 Jahre Integrationsarbeit vor und die Besonderheiten Bad Rappenaus im Bereich Integration.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Frau Renk-Mulder für den Sachstandsbericht und dankt im Allgemeinen dem Team der Integrationshilfe und vor allem den ehrenamtlichen Helfern, die sich stetig für Integration in Bad Rappenau einsetzen, auch wenn das Thema Migration im Moment ein stark politisches ist.

Die Fraktionen bedanken sich ebenfalls bei Frau Renk-Mulder und dem Team der Integrationshilfe und freuen sich, dass die neuen Räume und Kollegen gut angenommen wurden. Sie bieten weiterhin die Unterstützung Hilfe des Gemeinderates an, sollten Probleme auftauchen.

Nach Klärung weniger Sach- und Verständnisfragen, ergeht folgender

Beschluss:

Kenntnisnahme.

---

**5.) Klimaschutzbericht Bad Rappenau: Sachstand zur Maßnahmenumsetzung des Integrierten Klimaschutzkonzepts (IKSK)**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde aufgrund der Abwesenheit vom Klimaschutzmanager in eine der folgenden Sitzungsrunden verlagert.

---

Verteiler:  
Klimaschutz  
20.1.1 K

**6.) Förderprogramm „Photovoltaik in Bad Rappenau 2025“  
hier: Vorstellung und Zustimmung zur Förderrichtlinie  
und Beschluss zur kommunalen Förderung**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 025/2025 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt anhand der Vorlage. Er teilt sein Bedauern mit, dass Heilbronn aus der Förderung der PV-Anlagen vollkommen ausgestiegen ist, obwohl der Ausbau erneuerbarer Energien sehr wichtig sei.

Stadtrat Klaus Ries-Müller gibt für die ÖDP-Fraktion folgende Stellungnahme ab:  
„Enttäuscht sind wir vom Landkreis Heilbronn, der ein entsprechendes Förderprogramm kurzerhand Ende 2024 gestrichen hat.

Umso wichtiger ist, dass das Programm in B. R. weitergeführt wird.

Denn das ist eine einfache Möglichkeit zur Reduktion der Stromkosten und zur Produktion von erneuerbarem Strom vor Ort – auch für Mieter. Auf 9 von 10 privaten Dächern und auf rechnerisch 15 000 Balkon oder Terrassen in Bad Rappenau ist hier noch viel Platz.

Das Programm sollte verstärkt als Werbung für mehr PV-Nutzung genutzt. Eine Pressemitteilung zu Beginn und zum Ende des Programms ist uns da zu wenig.

Warum nicht mal ein paar praktische Umsetzungen öffentlich vorstellen. Das ist Image-Werbung für die Stadt und für einen Klimaschutz, der Geld spart.

Wir von der ÖDP stimmen natürlich für die Förderung.“

Stadträtin Sonja Hoher drückt ebenfalls die Freude der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen über die Weiterführung der Förderung aus. Sie hofft, dass die Maßnahme entsprechend für derartige Maßnahmen wirbt und auch Personen ihre Dächer und Balkone mit PV ausstatten, die am Ende keine Förderung mehr erhalten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, ergeht folgender

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die kommunale Förderung von Photovoltaik-Anlagen innerhalb der Gemarkung von Bad Rappenau gemäß der Förderrichtlinie „Photovoltaik in Bad Rappenau 2025“.

Einstimmig beschlossen.

---

Verteiler:  
10.1.3 E

**7.) Kindergartenangelegenheiten  
hier: Benutzungsgebühren für die städtischen Kindertageseinrichtungen für das  
Kindergarten- und Schuljahr 2025/2026**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 003/2025 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende leitet in die Thematik ein und merkt an, dass aufgrund der gestiegenen Kosten für Personal, Ausgleichszahlungen an die anderen Träger, investive Maßnahmen in Form von Neubauten usw. decken die Elternbeiträge statt wie im letzten Jahr nun nur noch 13% der Kosten. Des Weiteren weist er darauf hin, dass es sich um dieselbe Vorlage wie im letzten Jahr handle, da der Gemeinderat die Gebühren nicht entsprechend der Empfehlung für zwei Kindergartenjahre beschließen wollte, da es noch die Hoffnung auf Pflichtergreifung durch die Länder gab. Er bedauert, dass ein wirtschaftlich starkes und mit enormer Steuerkraft aufwartendes Land wie Baden-Württemberg in Bezug auf die Gebühren nicht tätig wird und wie andere Bundesländer z.B. das letzte Kindergartenjahr kostenlos anbietet. Er kritisiert im Allgemeinen die starke Verschiebung der Landes- und Bundesaufgaben auf die Kommunen, auch in den Bereichen Klimaschutz, Wärmewandel, Bevölkerungsschutz, Flüchtlingsarbeit und vieles mehr und das ohne entsprechende finanzielle Unterstützung.

Abschließend geht er auf die erhaltene Kritik des Gesamtelternbeirates an, dass dieser diesmal nicht beteiligt wurde bevor die Vorlage ins Gremium eingebracht wurde. Da dieser Gesamtelternbeirat bei der Vorlage vom Vorjahr noch nicht bestanden hatte und diese nicht verändert wurde ging man davon aus, dass die Stellungnahme des damaligen Elternbeirates nun auch gleichlauten wird und keine überraschend positive Stellungnahme über die Gebührenerhöhung eingegangen wäre. Bei der nächsten Beratung über die Gebühren wird der Gesamtelternbeirat so wie die einzelnen Elternbeiräte in den Vorjahren mithinzugezogen.

Hauptamtsleiter Franke erläutert den Sachverhalt anhand der Vorlage. Er verweist auf S. 183 des Haushaltsplanes 2025 und teilt mit, dass aufgrund der benutzerfreundlichen Einführung von VÖ7 und GT8 weniger Gebühreneinnahmen zu verbuchen sind. Da einige Eltern auf die o.g. Angebote umgestellt haben, sparen diese bei den Betreuungskosten, jedoch sind auch weniger Entgelte, Ansatz 2025 691.000,00 €, für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen, eingegangen als in 2024, Ansatz 800.000,00 €. Aufgrund der anteiligen ordentlichen Aufwendungen i.H.v. 11.938.700,00 €, dem anteilig veranschlagten ordentlichem Ergebnis i.H.v. -

6.860.900,00 € und dem veranschlagten kalkulatorischem Ergebnis i.H.v. -1.530.200,00 € ergibt sich ein veranschlagter Nettoressourcenbedarf i.H.v. -8.391.100,00 €. Dies sind ca. 2 Mio. € mehr zum Vorjahr. Er führt weiter aus, dass ca. 5,7 Mio. € im investiven Bereich, z.B. Bau und Sanierung der Einrichtungen Kindergarten Bonfeld, St. Raphael, der brandschutzsichere Treppenturm Käferle, Außenanlagen KiTa Heinsheim und Kindergarten Obergimpfern sowie der Bau des Fürfelder Ärztehauses mit einer zweigruppigen Einrichtung Kosten sind, welche die Stadt zu tragen hat. Er betont, dass in den kommenden Jahren auch in diesem Bereich noch einiges auf die Stadt Bad Rappenau zukommen werde.

Er teilt hierzu informierend mit, dass gestern die Endabrechnung i.H.v. 264.858,63 € der katholischen Kindergärten in Bad Rappenau einging, die nun von Bad Rappenau noch zu zahlen ist. Da die Stadt sich zwischen 90 und 93% bei den Betriebsausgaben vertraglich festgelegt beteiligt, ergaben sich 2024 für den städtischen Anteil zum Ausgleich des Defizits zwischen Einnahmen und Ausgaben Kosten i.H.v. ca. 3,2 Mio. € bei Betriebskosten von ca. 4,4 Mio. €. Er bemängelt, dass die Zuschüsse vom Land die Kosten der Einrichtungen nicht einmal ansatzweise decken. Abzuwarten seien auch die Tarifverhandlungen. Man habe diese aktuell im Haushaltsplan mit einer Erhöhung von ca. 3,5% berücksichtigt. Da nun der Vorschlag von 5% bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern abgelehnt wurden, hat man hier abzuwarten, wie viel Mehrkosten in diesem Bereich noch auf die Stadt zukommen werden. Umgerechnet betrage 1% Erhöhung für die Stadt Bad Rappenau ca. 200.000,00 € Mehrkosten.

Er geht auf das Gebührengelage in Bad Rappenau ein und erläutert, dass wenn der Gemeinderat Gebühren beschließt, die Kirchen und freien Träger diese ebenso umsetzen müssen. Sollte keine Erhöhung beschlossen werden holen sich die kirchlichen und freien Träger den Differenzbetrag zur Empfehlung bei der Stadt Bad Rappenau.

In der folgenden Diskussion wird angesprochen:

- Der Deckungsbeitrag durch die Elternbeiträge in den kirchlichen Einrichtungen schwankt je nach Einrichtung zwischen 13 und 18 %, die Differenz zu den empfohlenen 20% zahlt die Stadt Bad Rappenau.
- Insgesamt bei den vier kirchlichen Einrichtungen ging 2024 ein Betrag i.H.v. 717.284,37 € an Elternbeiträgen ein im Vergleich zu Betriebsausgaben i.H.v. 4.362.811,53 €.

Stadträtin Nadine Hofmann gibt für die SPD-Fraktion eine Stellungnahme ab und erwähnt in dieser, dass zukünftig um Kontaktaufnahme mit dem Gesamtelternbeirat gebeten wird, dieser sei sehr bereit mit der Stadt zusammenzuarbeiten und für ein gutes Miteinander zwischen Stadt und Eltern zu Sorgen. Es wird um Bereitstellung von Grafiken oder Erklärmaterial gebeten, damit dieser den Eltern auch das Gebührensystem und den Deckungsbeitrag durch die Elternbeiträge erklären könne. Die Fraktion hätte lange und heiß darüber diskutiert und möchte zwei Punkte im Gremium hervorheben. Sie lobt die Entscheidung, dass nach fünf aufeinanderfolgenden Tagen an Schließzeiten eine Erstattung an die Eltern erfolgt, dies sei bei den kirchlichen Einrichtungen erst ab einer Schließung von drei Wochen am Stück gegeben. Des Weiteren lobt sie die gute Zusammenarbeit zwischen Elternbeirat und Verwaltung und hofft auf bessere Kommunikation mit allen Trägern und Einrichtungen nach Einführung des Gesamtelternbeirates. Sie weist darauf hin, dass auch ein Vater es in den Landeselternbeirat geschafft habe und, dass die Hoffnung besteht ggf. hier etwas bewegen zu können, damit weniger auf die Kommunen abgewälzt wird und mehr von Land und Bund übernommen wird.

Stadtrat Rüdiger Winter gibt für die FW-Fraktion eine kurze Stellungnahme ab und teilt mit, dass man sich getrieben fühle von freien und kirchlichen Trägern die Beiträge zu erhöhen und andererseits wollen die Eltern keine Veränderung. Die Fraktion werde für den Beschlussvorschlag stimmen, da sie keine andere Chance sehe, um etwas näher an die Empfehlung heranzukommen ohne es in den Folgejahren ausbaden zu müssen.

Stadtrat Timo Reinhardt gibt für die CDU-Fraktion eine kurze Stellungnahme ab und teilt mit,

dass sie es genauso sehen und auch wenn es jedes Gemeinderatsmitglied mit Unbehagen erfülle diese Entscheidung zu treffen, müsse man mit der Erhöhung mitgehen, um keinen Graben zwischen den Beiträgen und den Empfehlungen zu erschaffen. Er weist ebenfalls darauf hin, dass die Vorlage sich zum Vorjahr nicht verändert habe und daher der Gesamtelternbeirat nicht noch einmal zusätzlich angehört wurde. Die CDU-Fraktion hoffe ebenfalls, dass die Landesregierung zeitnah Veränderungen bewirkt, dies scheint jedoch ein fast hoffnungsloses Unterfangen. Er geht darauf ein, dass die Belastung für die Eltern dem Gremium mehr als bewusst sei, man jedoch auch vor steigender Infrastruktur und Personalkosten stehe und aufgrund dessen einer Erhöhung zugestimmt werden muss, um kommende Generationen nicht noch mehr damit zu belasten. Er informiert zusätzlich, dass es Unterstützungsmöglichkeiten vom Land für Eltern gibt und die Eltern sich doch bitte diesbezüglich an die Stadtverwaltung oder das Landratsamt wenden sollen.

Stadtrat Klaus Ries-Müller gibt für die ÖDP-Fraktion folgende Stellungnahme ab:

„Gleich vorweg eine Bitte: Aus Gründen der Sitzungseffizienz sollten wir zukünftig wieder die Erhöhung, wie in der Vorlage zunächst geplant, für 2 Jahre beschließen.

Falls dann doch ein Wunder passiert und das Land zum Beispiel die Kindergartengebühren übernimmt, dann können wir das Thema auf die Tagesordnung setzen.

Generell ärgert uns als Kommunalpolitiker auch die laufenden Erhöhungen.

Bund und Land beschließen soziale Wohltaten, sorgen aber bei weitem nicht für ein Ausgleich der Folgekosten bei den Kommunen. Bei der Ganztagesbetreuung in den Grundschulen kommt die nächste Wohltat ohne ausreichenden Ausgleich auf uns zu.

Aus Sicht der Eltern ist eine Erhöhung von jeweils 7 % für das nächste Kindergartenjahr eine deutliche Steigerung der Ausgaben. Das erweckt den Eindruck, dass sich die Stadt hier die Kassen füllt.

Das ist aber bei weitem nicht der Fall. Im Gegenteil: Diese Erhöhung deckt nicht die tatsächliche Kostensteigerung. Das heißt, dass wir trotz der Erhöhung mehr Geld für die Kinderbetreuung aus dem allgemeinen städtischen Haushalt zuschießen als bisher.

Und es wird noch mehr durch die aktuell diskutierten Tarifierhöhungen von z.B. 5,5%. Bei den Haushaltplanungen wurde „nur“ 3,5% eingeplant.

D. h. der Kostendeckungsgrad durch die Elternbeiträge, der ja laut Landesvorgabe bzw. Vorgabe vom Städtetag bei 20% liegen sollte, weiter sinkt. In Bad Rappenau liegen wir trotz Erhöhung bei unter 16%.

D. h. wenn die Eltern zum Beispiel bei einem Ganztageskrippenplatz rund 600.- Euro bezahlen (unter 3 Jahre, GT 10 Stunden, 591 Euro), so sind die Gesamtkosten bei rund 3900.- Euro pro Monat. 3300.- Euro kommen von der Stadt und vom Land.

Wir von der ÖDP stimmen entsprechend der Vorlage.“

Stadträtin Sonja Hoher gibt für die Grünen-Fraktion eine kurze Stellungnahme ab und bittet um ausführliche Informationsweitergabe an die Eltern, damit diese sehen wie hoch die Gesamtkosten sind, der Anteil der Beiträge dazu und welche Qualität an Betreuung in Bad Rappenau geboten wird. Die Grünen-Fraktion hofft ebenfalls auf Verbesserungen von Land und Bund, um die Eltern und Kommunen zu entlasten. Sie lobt abschließend den gelungenen Anbau und Sanierung des Kindergartens in Bonfeld.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, ergeht folgender

#### Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Benutzungsgebühren für die städtischen Tageseinrichtungen für Kinder für das Kindergarten- und Schuljahr 2025/2026 gemäß Anlage 1.

Ja-Stimmen:	21
Nein-Stimmen:	7
Enthaltungen:	2

Mehrheitlich beschlossen.

---

Verteiler:  
10.1.2 E

- 8.) Stadt- und Kurbücherei Bad Rappenau**  
**A. Anpassung der Benutzungsordnung vom 01.06.2019 an neue Angebote in der Stadtbücherei und Konkretisierung des Nutzerkreises**  
**B. Anpassung der Gebührensatzung für die Stadtbücherei vom 01.03.2016 (zuletzt geändert durch Änderungssatzung am 01.06.2017)**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 119/2024 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt anhand der Vorlage.

Stadtrat Axel Jähnichen gibt für die ÖDP-Fraktion folgende Stellungnahme ab:

„Lesen und das Gelesene aufzunehmen, ist eine fundamentale Fähigkeit, die den Menschen auszeichnet. Das Wissen durch Lesen zu erweitern ist für die unsere Gesellschaft wichtig und zukunftsweisend. Jedoch ist zurzeit unser Wissen durch viele Fake News in den sozialen Medien bedroht. Deshalb ist es wichtig das Büchereien für alle zugänglich sind.

Die Stadt- u. Kurbücherei Bad Rappenau hat sich seit Jahren immer mehr zu einem Treffpunkt für Lesebegeisterte entwickelt. Die ständige Erneuerung und Erweiterung des Lesebestandes und anderer Medien sind eine Herausforderung, die Frau Lauk und Ihr Team hervorragend meistern. Dies zeigt sich an den vielen Veranstaltungen und Lesungen und den hohen Ausleihzahlen.

Seit 20 Jahren gab es keine Gebührenerhöhung. Seitdem haben sich die Ausgaben für Medien verdreifacht!

Wir von der ÖDP halten deshalb die Erhöhung des Jahresbeitrages von 10 auf 15 Euro für vertretbar, damit auch in Zukunft die Stadt- u. Kurbücherei bestens aufgestellt ist. Da in der Satzung viele Personenkreise von dem Jahresbeitrag befreit sind, ist eine soziale Ausgeglichenheit gegeben.“

Stadträtin Martina Trunzer gibt für die SPD-Fraktion eine kurze Stellungnahme ab und teilt in dieser mit, dass die SPD-Fraktion ebenfalls der Vorlage zustimmen wird und sie die Versäumnisgebühr auch als Erziehungsmittel sehen damit mit den ausgeliehenen Dingen angemessen umgegangen wird. Sie bedankt sich im Namen der Fraktion bei Frau Lauk und ihrem Team für das tolle Angebot in der Bücherei.

Stadtrat Rüdiger Winter schließt sich in seiner Stellungnahme im Namen der FW-Fraktion seinen Vorrednern an und teilt mit, dass es in der FW-Fraktion sogar zur Diskussion kam, dass 15€ zu wenig seien für das tolle Angebot in Bad Rappenau. Sie werden für den Beschlussvorschlag stimmen.

Stadtrat Timo Reinhardt schließt sich in seiner Stellungnahme im Namen der CDU-Fraktion seinen Vorrednern an und erläutert, dass auch sie die Gebühr für sehr niedrig und angemessen halten und die Säumnisgebühr als Lehrfunktion sehen. Die CDU-Fraktion werde ebenfalls gemäß des Beschlussvorschlags stimmen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, ergeht folgender

### Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt folgendes:

- A. die Änderung der Benutzungsordnung für die Stadt- und Kurbücherei Bad Rappenau gemäß der Anlage als Satzung zu beschließen. Die geänderte Benutzungsordnung tritt zum 01.07.2025 in Kraft.

Einstimmig beschlossen.

- B. die Änderung der Gebührensatzung für die Stadt- und Kurbücherei Bad Rappenau gemäß der Anlage zu beschließen. Die geänderte Gebührensatzung tritt zum 01.07.2025 in Kraft.

Ja-Stimmen: 29  
Nein-Stimmen: 1  
Enthaltungen: 0

Mehrheitlich beschlossen.

---

Verteiler:  
FW

### **9.) Feuerwehrangelegenheiten: Zustimmung nach § 8 Abs. 2 Feuerweggesetz Baden-Württemberg und § 11 Abs. 5 der Feuerwehrsatzung Bad Rappenau zur Wahl des Abteilungskommandanten und des stellvertretenden Abteilungs- kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Bad Rappenau, Abteilung Bad Rappenau**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 016/2025 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt anhand der Vorlage.

Eine Aussprache hierüber erfolgt nicht, es ergeht folgender

### Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt den Wahlen von Andreas Bödinger als Abteilungskommandant sowie von Conrad Wagenbach als stellvertretender Abteilungskommandant der Abteilung Bad Rappenau zu und ermöglicht damit die Bestellung durch den Oberbürgermeister bis 20.03.2030 als Feuerwehrführer in der jeweiligen Funktion.

Einstimmig beschlossen.

---

Verteiler:  
14.1 E  
20.1.1 K

### **10.) Schlussbericht und Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2020 des Rechnungsprüfungsamtes**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 027/2025 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende erläutert kurz den Sachverhalt anhand der Vorlage.

Eine Aussprache hierüber erfolgt nicht, es ergeht folgender

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt hiermit von dem Schlussbericht bzw. vom Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2020 Kenntnis.

Kenntnisnahme.

---

Verteiler:  
20.1.1 E  
14.1 K

**11.) Feststellung Jahresabschluss 2020 Stadt Bad Rappenau**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 026/2025 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende erläutert kurz den Sachverhalt anhand der Vorlage, er verweist auf die Vorberatung in der Sitzung des Finanz- und Verwaltungsausschusses vom 13.03.2025.

Eine Aussprache hierüber erfolgt nicht, es ergeht folgender

Beschluss:

1. Vom Jahresabschluss mit Rechenschaftsbericht (Anlage 1) für das Jahr 2020 wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Der Jahresabschluss der Stadt Bad Rappenau für das Jahr 2020 wird gemäß § 95b der Gemeindeordnung laut der Anlage 2 und Anlage 3 festgestellt.

Einstimmig beschlossen.

---

**12.) Maßnahmenbeschluss zur Sanierung des Salinencafes (Kurcafé)**

1. Zustimmung zum Sanierungsvorschlag und zu den Gesamtkosten
2. Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel im Haushalt 2025
3. Beauftragung des Architekturbüro Müller aus Aglasterhausen

Dieser Tagesordnungspunkt wurde aufgrund weiterem Beratungsbedarf in die folgenden Sitzungen verlagert.

---

- 13.) Maßnahmenbeschluss zum Neubau Kernzeit / Anbau an der Grundschule Babstadt:**
- 1. Zustimmung zur Kostenberechnung und zum Planentwurf**
  - 2. Europaweites Ausschreibungsverfahren für die Dienstleitung eines Generalplaners**
  - 3. Beauftragung der Kanzlei Menold Bezler zur Durchführung und Begleitung des Vergabeverfahrens für die Generalplanerleistung**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 022/2025 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende führt kurz in den Sachverhalt ein und kritisiert die Entscheidung des Bundes den Anspruch auf Ganztagesbetreuung den Eltern zuzusichern aber die durchführenden Kommunen dann beim Ausbau oder Neubau von Einrichtungen nicht zu unterstützen. Ebenso kritisiert er die hohen Standards und Vorgaben, z.B. in Bezug auf die europaweiten Ausschreibungen. Ein schnelles und agiles und oft auch preiswerteres Verhalten ist absolut nicht mehr möglich.

In der folgenden Diskussion wird angesprochen:

- Es wird um Prüfung gebeten, ob zwischen den Räumen Hausaufgabe 1 & 2 nicht eine flexible Wand eingebaut werden kann. Dadurch wäre man flexibler, falls doch noch eine weitere kleine Klasse gebildet werden muss oder man könne die Räumlichkeiten für andere kleine Veranstaltungen der Schule nutzen.
- Es wird angemerkt, dass die Raumbezeichnung im Plan nicht ganz mit der echten Nutzung übereinstimme, ggf. könne man dies bei der Endplanung berücksichtigen.
- Die Wünsche der Leitung wurden bei der Planung, soweit finanziell und platztechnisch möglich, berücksichtigt. Es wurden somit z.B. der Büchereiraum und weitere Toilettenanlagen hinzugefügt.
- Es wird um Mängelbeseitigung beim Bestandsgebäude gebeten, hier seien vor allem einige Fenster defekt, dies könne man bereits im Rahmen der Gebäudeunterhaltung schnellstmöglich abwickeln.

Stadtrat Andreas Hagner gibt für die FW-Fraktion folgende Stellungnahme ab:

„Die Freien Wähler begrüßen die geplante Erweiterung der Kernzeitbetreuung an unserer Schule.

Diese Maßnahme ist ein wichtiger Schritt, um den Bedürfnissen unserer Familien gerecht zu werden und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern.

Warum wir zustimmen:

1. Unterstützung der Familien: Viele Eltern sind auf eine verlässliche Betreuung ihrer Kinder angewiesen, um ihrer beruflichen Tätigkeit nachgehen zu können. Die Erweiterung der Kernzeitbetreuung bietet hier eine wichtige Entlastung.
2. Bildungschancen verbessern: Eine längere Betreuungszeit ermöglicht es den Kindern, zusätzliche Bildungsangebote wahrzunehmen und ihre schulischen Leistungen zu verbessern. Dies trägt zur Chancengleichheit bei und fördert die individuelle Entwicklung der Kinder.
3. Soziale Integration: Durch die erweiterte Betreuung haben die Kinder mehr Zeit, soziale Kontakte zu knüpfen und gemeinsam zu lernen und zu spielen. Dies stärkt das Gemeinschaftsgefühl und fördert die soziale Kompetenz.

Flexibilität für Eltern: Die erweiterte Kernzeitbetreuung bietet den Eltern mehr Flexibilität bei der Gestaltung ihres Alltags. Dies ist besonders wichtig für Alleinerziehende und Familien mit unregelmäßigen Arbeitszeiten.

Überfällige Maßnahme: Diese Erweiterung ist längst überfällig. Angesichts der steigenden Nachfrage nach Betreuungsplätzen kann man davon ausgehen, dass die Kapazitäten nach

Abschluss der Maßnahme bereits nicht ausreichend sein könnten. Daher ist es wichtig, weiterhin flexibel auf die Bedürfnisse der Familien zu reagieren und gegebenenfalls weitere Maßnahmen zu ergreifen.

Wir sind überzeugt, dass die Erweiterung der Kernzeitbetreuung ein wichtiger Schritt ist, um Babstadt als familienfreundliche Gemeinde weiterzuentwickeln. Daher stimmen wir dieser Maßnahme vollumfänglich zu und werden uns auch in Zukunft für die Belange unserer Familien stark machen.“

Stadträtin Lydia Schwab gibt für die CDU-Fraktion eine kurze Stellungnahme ab und erwähnt in dieser, dass die Kernzeit schon länger ein großes Thema war und sie sich freuen, dass sie nun vorgezogen werde und die Dringlichkeit nun erkannt wurde. Die CDU-Fraktion werde gemäß dem Beschlussvorschlag abstimmen.

Nach Klärung weniger Sach- und Verständnisfragen, ergeht folgender

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt den Planungsentwurf zur Kenntnis und stimmt auf dieser Grundlage der Durchführung der o.g. Maßnahme zu.
2. Der Gemeinderat beschließt die Durchführung eines Europaweiten Vergabeverfahrens für die Dienstleistung eines Generalplaners für die Gesamtmaßnahme.
3. Der Gemeinderat beschließt die Kanzlei Menold Bezler für die Begleitung des Vergabeverfahrens zu beauftragen.

Einstimmig beschlossen.

---

Verteiler:  
40.1.1 E  
20.1.1 K

**14.) Generalsanierung der Grundschule in Heinsheim  
hier: Erweiterung der Maßnahme und Kostenfortschreibung**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 146/2024 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt anhand der Vorlage und verweist auf die Vorbereitung im Rahmen der Gemeinderatssitzung vom 20.02.2025 und der Sitzung des Technischen Ausschusses am 10.03.2025.

Eine Aussprache hierüber erfolgt nicht, es ergeht folgender

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der Erhöhung des energetischen Standards und der damit verbundenen Kostensteigerung zu.
2. Der Gemeinderat nimmt die Kostenfortschreibung zur Kenntnis und stimmt dieser zu.
3. Der Gemeinderat stimmt der Bereitstellung der erforderlichen Mittel im Haushalt 2025 und ff. mit Gesamtkosten von ca. 3,2 Mio. € zu.

Einstimmig beschlossen.

---

---

Verteiler:  
30.1.1 E

**15.) Erlass einer Satzung nach § 8 Abs. 1 Ladenöffnungsgesetz  
über verkaufsoffene Sonntage in Bad Rappenau im Jahr 2025**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 024/2025 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende erläutert kurz den Sachverhalt anhand der Vorlage.

Eine Aussprache hierüber erfolgt nicht, es ergeht folgender

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die in der Anlage beigefügte Satzung nach § 8 Abs. 1 Ladenöffnungsgesetz zur Zulassung von drei verkaufsoffenen Sonn- und Feiertagen im Jahr 2025 in Bad Rappenau (ohne Stadtteile).

Einstimmig beschlossen.

---

Gelesen, genehmigt und unterschrieben:

Der Vorsitzende:

Schriftführer/in:

Protokollpersonen:

Verfügung:

1. Die am Rand bezeichneten Stellen erhalten Auszüge aus dem Protokoll
2. Ablichtung des Protokolls für den Oberbürgermeister
3. An die Stelle 0 mit der Bitte, die erforderlichen Unterschriften einzuholen
4. Anschließend zu den Akten bei Stelle 0

Frei  
Oberbürgermeister